

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraphen-Adresse
„Tageblatt“, Riesa.

Amtsblatt

Heftnummer
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 120.

Sonnabend, 27. Mai 1893, Abends.

46. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Nachnahme für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gebühr.

Druck- und Verlagsort: Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kasantenstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Herr Schmidt in Riesa.

Bekanntmachung.

Verordnung,

die Ernennung der Wahlcommissare zu den bevorstehenden Reichstagswahlen betreffend.

Aus Anlaß der durch kaiserliche Verordnung vom 6. laufenden Monats auf den 15. Juni dieses Jahres anberaumten Wahlen zum Reichstage hat das Ministerium des Innern für die Wahlkreise des Landes die nachstehend unter \odot namhaft gemachten Wahlcommissare ernannt. Unter Bezugnahme auf die Verordnung des Ministeriums des Innern vom 8. laufenden Monats wird dies hierdurch zur Nachachtung bekannt gemacht und zugleich darauf hingewiesen, daß die mit dem Bezirke der Stadt Dresden vereinigten, vormals dem 6. Wahlkreise angehörig gemessenen Ortschaften Strehlen und Striesen nunmehr zu dem 5. Wahlkreise, sowie die mit dem Bezirke der Stadt Leipzig vereinigten ländlichen Vororte, einschließlich der in und beziehentlich bei ihnen gelegenen eremten Grundstücke, welche bisher dem 13. Wahlkreise angehörten, nunmehr zum 12. Wahlkreise gehören, im Uebrigen aber die Wahlkreise ganz in derselben Zusammenfassung, wie früher und namentlich wie bei den Wahlen im Jahre 1890 verbleiben.

Dresden, am 25. Mai 1893.

Ministerium des Innern.
v. Mehlich.

Paulig.

Zu Commissaren für die Wahlen zum Deutschen Reichstage sind ernannt worden:

1. Wahlkreis: der Amtshauptmann von Schlieben zu Zittau.
2. " der Amtshauptmann von Grauschaar zu Löbau,
3. " der Amtshauptmann von Jesschwitz zu Bautzen,
4. " der Regierungsdirektor Dr. jur. Hallbauer bei der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt,
5. " der Stadtrath Grabowski zu Dresden,
6. " der Amtshauptmann zu Dresden-Alstadt, Geheime Regierungsrath Dr. jur. Schmidt daselbst,
7. " der Regierungsrath Königshelm bei der Kreisshauptmannschaft zu Dresden,
8. " der Regierungsdirektor Dr. jur. Heint bei der Amtshauptmannschaft Pirna,
9. " der Regierungsrath Dr. jur. Steinert bei der Kreisshauptmannschaft zu Dresden.
10. " der Amtshauptmann Dr. von Mayer zu Döbeln,
11. " der Amtshauptmann von Schröder zu Tschas,
12. " der Stadtrath Pfeiler zu Leipzig.
13. " der Amtshauptmann zu Leipzig, Geheime Regierungsrath Dr. jur. Plagmann daselbst,
14. " der Amtshauptmann zu Rositz, Geheime Regierungsrath Schäffer daselbst,
15. " der Amtshauptmann Freiherr von Teubern zu Riesa,

16. Wahlkreis: der Bürgermeister Stadler zu Chemnitz,
17. " der Amtshauptmann Dr. jur. Kumpelt zu Glauchau,
18. " der Amtshauptmann Dr. jur. Schnorr von Carolsfeld zu Zwickau,
19. " der Amtshauptmann Freiherr von Birsing zu Schwarzenberg,
20. " der Amtshauptmann von Löben zu Marienberg,
21. " der Amtshauptmann von Burgsdorf zu Annaberg,
22. " der Amtshauptmann Dr. jur. Bonig zu Auerbach,
23. " der Amtshauptmann Dr. jur. Ayer zu Delitzsch.

Submission.

Von den unterzeichneten Gemeinden sollen in Kürze die Arbeiten zu dem Neubau der im Zuge des Kommagisch-Schereauer Communicationsweges über den Köpprichbach führenden Brücke an den Mindestfordernden vergeben werden.

Diese Arbeiten sind nach einem von der königlichen Straßen- und Wasserbauinspektion Meißen II gefertigten Projekte anzuführen und wird das Projekt an Diejenigen, welche sich um die Ausführung der Arbeiten zu bewerben gedenken, auf Verlangen unentgeltlich verabfolgt werden. Kommagisch, am 24. Mai 1893. Altommagisch, am 25. Mai 1893.

Der Stadtrath daselbst.
Dr. Zahn.

Der Gemeindevorstand.
A. Kühne.

Bekanntmachung.

Es wird hierdurch ersucht, den Aufenthalt des Bootsmanns (Schiffers) Johannes Bellig, am 23. Juni 1864 zu Kurzebrack, Kreis Marienwerder, geboren, zuletzt in Magdeburg aufhältlich gewesen, zu den Acten Nr. 915/92a anzuzeigen. Magdeburg, den 23. Mai 1893.

Der königliche Erste Amtsanwalt.

Der Großenhainer Zweigverein der evangelischen Gustav-Adolf-Stiftung

feiert, f. G. w., am 1. Sonntag nach Trinitatis, den 4. Juni d. J., sein Jahresfest in Niederebersbach durch einen Festgottesdienst in der dortigen Kirche Nachmittags 3 Uhr und durch eine Nachversammlung. Die Festpredigt hat Herr Diaconus Altherr und den Bericht Herr Realchuloberlehrer Dr. Gehre von Großenhain übernommen. Alle Freunde und Förderer der Gustav-Adolf-Sache werden hiermit zum Festbesuch freundlichst eingeladen. Zugleich ergeht an die Herren Geistlichen der Eparchie nachmals die dringende Bitte, die Erträge der Hausammlungen bis zum Feste an unsern Cassirer, Herrn Bürgerchullehrer W. Köpcke in Großenhain, Kronenstraße Nr. 537g wohnhaft, einzusenden. Großenhain, den 25. Mai 1893.

Der Zweigverein der evangelischen Gustav-Adolf-Stiftung daselbst.
J. v. B. Voetsch.

Certliches und Sächsisches.

Riesa, 27. Mai 1893.

Auf Veranlassung des Deutschen Reformvereins für Riesa und Umgegend sprach am Donnerstag im Saale des Wettiner Hofes, wie schon gestern kurz erwähnt, vor zahlreicher Versammlung Herr Fabrikant Oskar Hähnchen aus Lodwitz, der im 6. Wahlkreise (Wilsdruff-Charand-Dippoldiswalde) von der antisemitischen Volkspartei aufgestellte Wahlkandidat, über „Reform-Partei und Reichstagswahl“. Wir müssen uns hier darauf beschränken, den zweistündigen, im schnellsten Redefuß gehaltenen, sehr umfangreichen Vortrag nur in seinen Hauptzügen zu skizzieren. Nachdem der Vorsitzende des Reformvereins, Herr Fabrikant Dille, die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf Sr. Majestät den Kaiser Wilhelm II. und auf Sr. Majestät den König Albert eröffnet hatte und von demselben eine Einmischung des Herrn Matthes (Soziald.) „zur Geschäftsordnung“ zurückgewiesen worden war, begann Herr Hähnchen seinen Vortrag und ging in seinen Ausführungen von der Reichstagsauflösung aus. Die antisemitische Volkspartei, die nach § 2 ihres Programms „für die Erhaltung der nationalen Wehrkraft, beruhend auf dem germanischen Grundgedanken der allgemeinen Wehrpflicht eintritt und bereit ist, die erforderlichen Opfer zu bringen, welche für den Schutz und die Verteidigung unseres Vaterlandes notwendig sind“, billigt die von der Reichsregierung eingebrachte Militärvorlage, aber nicht die zu deren Durchführung von der Regierung vorgeschlagenen Mittel. Als der Herr Redner hierauf die vorgeschlagene Erhöhung der Biersteuer näher beleuchtete und dieselbe als eine weitere Belastung des Mittelstandes bezeichnete, die nur dazu führen würde, die Zahl der Unzufriedenen zu vermehren und sonach die Zwecke der Sozialdemokratie zu fördern, wurde derselbe von den an-

wesenden Sozialdemokraten mehrfach durch Zwischenrufe unterbrochen, was ihn zu der Bemerkung veranlaßte, er werde den Herren Sozialdemokraten schon noch „den Kopf gehörig waschen“ (Stufe bei den Sozialdemokraten: Oho! Oho!), welchem Versprechen er denn auch im weiteren Verlauf des Abends nach Möglichkeit nachgekommen ist. Die conservative Partei habe nicht patriotisch gehandelt, weil sie der Militärvorlage bedingungslos zugestimmt und somit auch die von der Regierung vorgeschlagenen Deckungsmittel gutgeheißen hat. (Herr von Friesen hat sich in seinem am 30. April cr. an derselben Stelle gehaltenen Vortrag bekanntlich ausdrücklich gegen die Bier- und Spiritussteuer erklärt. Die Red.) Der Herr Redner schilderte darauf an der Hand vorgeführter Mandate und Daten die heillose Korruption der in den Händen der Juden befindlichen Börse. Lange Zeit habe es Niemand gewagt, hiergegen zu opponiren; erst Otto Glagau habe in der „Gartenlaube“ auf diese jüdische Börsenausbeutung aufmerksam gemacht. Die Folge des jüdischen Ausbeutungssystems sei gewesen, daß das Kapital in den großen jüdischen Banken zusammengefloßen und das Nationalvermögen dementsprechend zurückgegangen sei. So haben bei der neuen deutschen Reichsanleihe die Reichsbank und die Seebank zusammen nur ca. 100 Millionen, die jüdischen Banken dagegen 400 Millionen gezeichnet. Rothschild habe im Jahre 1888 ein Einkommen von jährlich 2 500 000, 1890 schon ein solches von 4 Millionen gehabt. An den portugiesischen Anleihen habe das deutsche Volk durch die Kursdifferenz 50 Prozent oder 250 Millionen verloren, dazu sei der Besitz in Grund und Boden stark vermindert. Die Reformpartei tritt daher ein für eine höhere Besteuerung des Großkapitals und der Börse, für Einführung einer progressiven Einkommen-, Kapitalrenten- und Erbschaftsteuer, für rationelle Neugestaltung der Börsensteuer, sowie für eine Emissions- und Couponsteuer auf ausländische

Werthe, für internationale Regelung des Börsenwesens, besonders Verbot der den Frieden gefährdenden Speculation, sowie des Terminhandels mit Lebensbedürfnissen des Volks und für Errichtung einer wirklich nationalen Reichsbank zur Unterstützung und Befruchtung der dem Handwerke, der Landwirtschaft und dem Kleingewerbe dienenden Institute. (Punkt 4-5 des Programms.) Die Militärvorlage anlangend, so möge das deutsche Volk die Soldaten stellen, die Kosten aber soll die Börse tragen. Wie das Judenthum das Kapital an sich zu ziehen verstehe, so zeige sich sein Einfluß auch in der Zunahme der jüdischen Bevölkerung, in der Verjudung der Schule, der Justiz u. besonders in den großen Städten (Berlin), was Redner mit Zahlen nachweist. Mit welcher Frechheit und Anmaßung das Judenthum aufzutreten und sich zu behaupten suche, beweise am besten die Aeußerung eines österreichischen Reichstagsabgeord. — Meyer — im Parlament: „Wenn es den Christen in Wien nicht mehr gefällt, so möchten sie gefälligst nach Amerika auswandern!“ (Sensation!) Niemand könne zwei Herren dienen: Wer die deutsche nationale Arbeit schätzen will, der muß dem Judenthum und der jüdischen Ausbeutung entgegenreten; denn die deutsche Volksart habe nichts gemein mit der Eigenart der fremden semitischen Rasse. Der Einfluß des jüdischen Kapitals bedeute überall auch den wirtschaftlichen Ruin der Deutschen. So haben das ehemals blühende Böttchergewerbe in Mainz jetzt zwei Fabriken an sich zerrissen, ähnlich sei es dem Schuhmachergewerbe in Wien ergangen und in den deutschen Großstädten haben die Juden sich namentlich der Konfektionsbranche bemächtigt. Der deutsche Arbeiter arbeite jetzt vielfach nur noch für den jüdischen Händler und Fabrikanten um wahre Hungerlöhne. In Galizien befinden sich $\frac{1}{3}$ des Grund und Bodens in Juden Händen und in Oesterreich zumal sei die jüdische Ausbeutung noch viel schlimmer zu Tage getreten als in Deutschland; doch auch hier, in Ossen, Baden,